Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

Band: 65 (1968)

Heft: 7

Artikel: Die Aufgabe der Gesellschaft zur fürsorgerischen Betreuung hilfebedürftiger Mitmenschen

Autor: Schädelin, Klaus

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-839455

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Aufgabe der Gesellschaft zur fürsorgerischen Betreuung hilfebedürftiger Mitmenschen

Referat von KLAUS SCHÄDELIN, Fürsorgedirektor der Stadt Bern, gehalten an der Jahrestagung vom 14. Mai 1968 in Brunnen

Meine Damen und Herren,

Die Behandlung des weder grammatikalisch noch inhaltlich lupenreinen Themas möchte ich in einer Rede und nicht in einer Schreibe behandeln, und darum verzeihen Sie mir, wenn ich über einer der wichtigsten Zukunftsfragen der Sozialarbeit bis hart an die Grenze der Plauderei gerate.

Dabei werden Sie es in Kauf nehmen müssen, daß ich, ob zwar von der Aufgabe der Gesellschaft gehandelt werden soll, meine Herkunft nicht verleugne und die Sache wenigstens einstweilen aus dem Gesichtswinkel der öffentlichen Fürsorge anpacke.

Die Akzeleration aller geschichtlichen Prozesse und also auch des sozialen Geschehens hat die Fürsorgearbeit im engeren Sinn in einen Wirbel gezogen. Ich bin nun zehn Jahre mit dabei, und wenn ich an den Status unserer Ämter gestern und heute denke, komme ich mir manchmal vor wie mein Großvater. Wie war's doch gestern: die Öffentlichkeit half oder schritt ein, wenn's anders nicht mehr ging; das heißt, wenn die Selbst- und Angehörigenhilfe nicht mehr weiterkam; wenn alle Stricke gerissen waren, und wenn nur noch der Staat, will sagen, die Gemeinde das Schifflein über Wasser halten konnte; sie tat's, weil es ihre gesetzliche Pflicht war, und sie tat es auch nicht allzugerne: Mir klingt noch der Refrain der Journaleintragungen unserer Fürsorge in den Ohren, der jeweilen lautete: «In diesem Fall bleibt uns wohl nichts anderes übrig, als eine Unterstützung zu gewähren.» Wiewohl man redlich versuchte, dem Elend an die Wurzel zu greifen, blieb man besten Gewissens im Materiellen stecken: Man linderte manifeste, handgreifliche Not, und in ungebrochener Verdrossenheit schied man dabei die Schafe von den Böcken, sprach verachtungsvoll und mit erhabener Strenge von liederlichen, trunksüchtigen Bürgern, und das Wort «Würdig» oder «Unwürdig» geisterte nicht nur in gesetzlichen Erlassen, sondern gehörte zum alltäglichen fürsorgerischen Vokabular. Nicht daß ich den Stil jener Zeit abschätze. Jede Zeit denkt in den Kategorien ihrer selbst.

In verblüffend kurzer Zeitspanne hat sich zweierlei grundlegend geändert: Erstens hielt auch die Sozialarbeit endlich ihr Ohr an die Erkenntnisse verschiedener Wissenschaftszweige, die sich mit dem Wesen, den Hintergründen und Abgründen des Menschen beschäftigen. Es entstand ein neues, differenziertes Menschenbild, und in bezug auf Schuld und Unschuld machte sich langsam ein anderes Denken Bahn. Damit war der Weg zu einer anders gearteten Beziehung zwischen Sozialarbeiter und hilfsbedürftigem Partner geebnet.

Indessen hatte zweitens auch auf der anderen Seite ein neuer Akt begonnen: Immer besser wurden in materieller Hinsicht die Zeiten; eine immer größere Zahl von handicapierten Mitmenschen vermochte sich materiell zu behaupten; die Konjunktur schwoll an, und von ihr mitgerissen wurde der Staat in seinem sozialen Handeln: Versicherungs-, Sicherungswerke und staatliche Beihilfen schossen aus dem Boden; die Gesetze, die den Bürger in seiner Wohlfahrt um-

fangen, wurden Legion, und ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen: Wir sind in rapidem Lauf auf zum Wohlfahrts-, wenn nicht gar zum Versorgungsstaat. Die Zahlen der Unterstützten sanken und sinken, wir werden mehr und mehr befreit von der fürsorgerischen Feuerwehrarbeit. Doch eigenartig, nicht diese Befreiung läßt uns Ausschau halten nach neuen Aufgaben, sondern Aufgaben, die wir nicht suchten, kommen über uns. Laßt mich von diesen Aufgaben später reden und sie vorerst nur andeuten:

An die Stelle offenkundiger materieller Hilfsbedürftigkeit tritt eine viel umfassendere, schwerer formulierbare, umweltbedingte Hilflosigkeit: Die Lebensbewältigung im weitesten Sinne des Wortes gelingt Ungezählten nicht mehr, weil es schwer und schwerer wird, unserer Welt gewachsen zu sein: Sie ist trotz alles durchdringender Information unüberschaubar geworden; gültige Leitbilder sind kaum mehr erhältlich; die Massen rücken immer näher aneinander, aber in ihnen rükken die Individuen auseinander; durch Jahrhunderte erworbene Gesellschaftsnormen lösen sich auf; die ethischen Grundlagen sind weitgehend in Frage gestellt, und es gibt im besten Falle nur noch labile Gleichgewichte. – Und so entsteht ein völlig neues Bild moderner Hilfsbedürftigkeit, das den Rahmen dessen, was zu den Obliegenheiten der klassischen Fürsorge gehörte, sprengt. Der Existenzkampf betrifft nicht mehr bloß die zum Leben notwendigen Güter, sondern das Leben und dessen Bewältigung selber. Wir haben diese neue Art der Hilfsbedürftigkeit in den letzten Jahren zu erkennen begonnen, aber wir sind durchaus noch nicht aufgebrochen, ihrer Herr zu werden. Sie gehört noch nicht in den Bereich der gesetzlichen Obliegenheiten unserer öffentlichen Fürsorge. Es fällt aber nicht schwer, den Nachweis zu erbringen, daß weder die Gesellschaft noch der Staat darum herumkommen, an diese herrliche und furchterregende Aufgabe heranzutreten, jene Aufgabe, die wir vorläufig etwas hochmögend und etwas falsch *Betreuungsfürsorge* nennen.

Doch aufgepaßt: Der Weg zu dieser Aufgabe ist länger, schwieriger und hindernisreicher, als wir meinen. Denn erstens einmal müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Hilflosen ein solch neues Angebot überhaupt vernehmen und annehmen können. Eine helfende Beziehung auf dem Gebiet der Lebensbewältigung wird nur zustande kommen, wenn sie sich in Freiwilligkeit von selber anknüpft. Früher gab es zwischen dem Hilfsbedürftigen und der Fürsorge ein steiles Gefälle: Er rutschte gewissermaßen auf einer Gleitbahn in unsere Büros. Nicht der Anreiz unserer Freundlichkeit war's, was ihn anzog, sondern der Hunger war's, der ihn trieb. In bezug auf die Probleme der Lebensbewältigung gibt's ein solches Gefälle nicht. Kein Druck auf der Seite des Bedrängten, sondern höchstens ein Sog von unserer Seite bringt ihn mit uns in Kontakt. Ein Angebot müßte es sein, dem man gerne folgt, wenn man mit sich nicht mehr zurande kommt.

Und hier steht's schlimm: Das Antlitz der Fürsorge ist aus mannigfachen Gründen nicht derart freundlich, daß es die Bedrängten lockt. Fern sei es von mir, eine Karikatur unserer Institution zu zeichnen, aber ich komme nicht darum herum, Sie auf die Karikatur hinzuweisen, welche die Volksmeinung von uns umreißt.

Denn erstens sind das Mißtrauen und die Abneigung gegen jede staatliche oder staatsverwandte Institution tief verankert. Man scheut das Amt, man meidet den Beamten; man identifiziert beide mit Formalismus, Kleinmannsmachthunger, Zwang und Aktenstaub; und es mag hier immerhin die Frage gestellt sein, ob ein besoldeter, gesicherter Funktionär, der nicht ohne weiteres aus Berufung im Be-

rufe steht, von Haus aus geeignet ist, einen Dienst zu leisten, der nur über die sehr schwache Brücke der Freiwilligkeit erbracht werden kann. Zweitens befindet sich die Fürsorge immer noch in bedenklicher Nähe von Zwang und Gewalt. Unterschätzen wir ferner nicht die tief ausgefahrenen Geleise, in denen wir selber schlittelten. In Amt und Ämtern ist es viel schwerer, als man manchmal denkt, umzulernen und Neuland zu betreten. Trotz aller Fortschritte in der Erkenntnis ist unser Hang zum Gradlinigen, Undifferenzierten fast so etwas wie ein Urtrieb. Unser Umschulungskurs vom symptomatischen zum prophylaktischen Helfen hat kaum angefangen. Nicht zu unterschätzen ist weiter der Zwang zur amtlichen Aktenkundigkeit: Kaum ist etwas zu unserem Ohr eingegangen, fließt es durch unsere Hand ins Dossier und schreckt den ab, der einen Helfer will, dessen eine Hand nicht weiß, was die andere tut. Und weil wir in der Sozialarbeit weder zu reinen Seelsorgern noch Psychotherapeuten werden wollen oder sollen, bleibt das, was wir im neuen Bereiche unternehmen, vermischt mit dem klassischen Handeln aller Fürsorge und zieht damit wie eine graue Schleppe die Last verschiedener gesetzlicher Hypotheken mit sich: Wenn wir nämlich einmal helfen, so sind wir beladen mit den Verpflichtungen zu Rückerstattungen, Verwandtenbeiträgen und anderem, was jeder, der uns nötig hat, scheut wie die Pest.

Kurz, wenn wir an die Betreuungsaufgaben denken, die unser warten, dann ziemt es sich, einzugestehen: Wir sind noch nicht reif genug, um schon die Backen aufzublähen. Wir fühlen uns ein wenig trächtig; die Wehen aber sind noch nicht überstanden.

Zu meinem Leidwesen muß ich aber noch von einem anderen Hindernis erzählen, das einer Ausweitung oder Neuformulierung unserer Tätigkeit im Wege steht: Während wir eifrig bemüht sind, das Odium abzubauen, das die Fürsorgearbeit umgibt, ist es ausgerechnet der Staat selber, der sich in diesem Bereiche madig macht: Statt das soziale Handeln des Staates gedanklich und praktisch zu einem großen geschlossenen Ganzen zu machen, erweitert dieser Staat in seinen gesetzlichen Erlassen die Kluft. Er schwingt sich dazu auf, die karikierende Volksmeinung in Verordnungen und Gesetze hineinzutragen: Um dem ehrbaren Bürger den Gang auf die Fürsorge zu ersparen, um ihn vor den Demütigungen dieser Ämter zu verschonen, stellt er ihnen Beihilfe- und versicherungsähnliche Werke gegenüber. Das ist an und für sich noch nicht schlimm, denn eine staatliche Leistung, auf welche man einen klagbaren Rechtsanspruch hat, ist leichter zu akzeptieren als ein noch so schonungsvoll dargebotener Ermessens- und Bedarfsbeitrag. Schlimm aber wird's, wenn die Leistungen hüben und drüben mit den Begriffen «Würdig» und «Unwürdig» in Verbindung gebracht werden, wie es heute leider noch geschieht. Dann sind die einen die Diffamierten, Zweifelhaften und Minderwertigen, und sie bleiben es, mag sich die Fürsorge waschen, häuten und schuppen, wie sie will. Erst wenn man einmal aufgeräumt hat mit den antiquierten Wertungsmaßstäben und nach anderen, sachlichen Gesichtspunkten eine Triagierung der Aufgaben vornimmt, könnten zweierlei Arten der sozialen Hilfe nebeneinander bestehen und zusammen ein Ganzes bilden.

Nun denn, was ist zu tun? Erstens: Wir wollen nicht brüllen und klagen, sondern still das Beste geben. Zweitens: Wir müssen wissen, daß der Wandel unserer Arbeit nur in der Zeit und nicht im Augenblick erfolgen kann. Wir sollen drittens nicht versuchen, unsere ganze Umwelt zu ändern, sondern sollen still ans Werk gehen und an uns selber arbeiten. Wir tun gut daran, uns in der neuen Arbeit, die nun umrissen werden soll, an denen zu üben, die uns schon jetzt anvertraut sind. Wir werden mehr und mehr abkommen von stereotypen, gleichmacherischen

Hilfshandlungen; wir werden den Hilfesuchenden als unendlich komplexes, reich faszetiertes, in jedem Falle originales, schwieriges, aber liebreiches Wesen erkennen und werden ihm so auf Gebieten zu helfen in der Lage sein, von denen wir bis vor kurzem noch nicht viel ahnten. Dazu haben wir nicht nur qualifizierte, geschulte Kräfte heranzuziehen, sondern wir sind verpflichtet, an den Schulen selber zu arbeiten. Wir müssen Wege zu einer richtigen höheren Fachausbildung suchen, damit unsere Spitzenfunktionäre in der Lage sind, die neuen Impulse am richtigen Ort und zur richtigen Zeit zu geben. Es wird endlich allerhand an unserer inneren Organisation zu ändern geben, denn ich kann mir nicht denken, wie eine Umschichtung unserer Verrichtungen auskommen kann ohne eine Veränderung der äußeren Struktur. Mit einem Wort: Wir müssen einladend genug werden, damit der Hilfebedürftige den Weg zu uns finde, ohne gezwungen zu sein.

Doch nun, meine Damen und Herren, wird es Zeit, uns nach denen umzusehen, die den Boden unter den Füßen verlieren. Ich sagte es eingangs schon: Solche, die an den Problemen der Lebensbewältigung im weitesten Sinn scheiterten, gab es zu allen Zeiten. Zu keiner anderen Zeit aber gab es ihrer so viele. Wollen wir sie doch einmal – nach Zügen oder Züglein geordnet — vor uns Revue passieren lassen. Da kommt er schon in Sicht: Der Riesenzug der alten Menschen. Ich habe mich vor Antritt meines Amtes immer auf das Alter gefreut und es in hohen Tönen besungen. Ich kenne die Würde und Schönheit der späten Jahre. Doch meine Tätigkeit hat mich etwas Neues gelehrt: Alt zu werden ist heute für viele der Eingang in ein Schattenreich. Unsere Gesellschaft vermochte zwar, die materielle Altersnot zu mildern, aber sie ist von Jahr zu Jahr weiter davon ententfernt, das Altersproblem zu bewältigen! Wir haben alles unternommen, des Menschen Lebenserwartung zu erhöhen. Das ist uns gut gelungen. Aber restlos ist es uns mißlungen, die angesetzten Enden sinnvoll zu machen. Wir vermochten unseren Betagten keine echten Funktionen zuzuweisen; nicht einmal mehr die Ältesten im schönen Sinne dieses Begriffes sind sie uns. Denn sie bleiben in ihrer Zeit zurück, und die Entwicklung der Dinge überholt sie derart, daß sie nicht nur als Alte, sondern als Veraltete in der Welt stehen, ohne lebendige Beziehungen zu unseren neuesten geistigen, moralischen und dinglichen Modellen. Für meinen Sohn zum Beispiel ist die Datenverarbeitung ein ganz natürliches Faktum, für mich aber ein böses Mysterium. Ich begriff das Auto meiner Tage, aber den Drehmomentwandler im Wagen meiner Nichte verstehe ich nicht mehr. Und dann noch anderes: Vom Stöckli rutschen die Betagten mehr und mehr hinüber in Altersghettos. Komfortabel mögen diese sein und wohnlich auch. Doch mehr als weiche Ablegebretter sind sie nicht. Und während wir gebannt waren von den allerdringlichsten Aufgaben, wie zum Beispiel der baulichen Altersfürsorge, ließen wir die alten Menschen allein: Einen jeden in seinem Zimmer sich selber überlassen oder aber von einer Pflegerin umsorgt, die von Bett zu Bett eilt. Wie viele Einsame, wie viele, denen niemand mehr zuhört, wie viele, die mit ihrem Einkommen, ihrer Steuererklärung, ihren AHV-Karten, ihren Kommissionen, ihren Kehrichteimern, ihren Vorfenstern, ihren Kohlenöfen nicht mehr fertig werden, gibt es mitten unter uns, nein, leider: neben uns. Vereine, Aktionen, Stiftungen, Behörden, Gemeindehelferinnen, Nachbarn nehmen sich ihrer an. – Aber das alles ist nicht genug, das alles ist so wenig koordiniert. Wir haben zwar Gerontologen und Geriater, die vieles wissen und manches vorschlagen; wir haben Soziologen, die Zusammenhänge sehen und einiges durchdenken; aber wir wissen es alle: Es bedürfte unserer gesammelten Kraft, unserer denkenden und planenden Anstrengung und vor allem der Mobilisierung aller Herzen und Hände, um dem Heer dieser abseits

stehenden Hilflosen zu helfen. Sie sehen an diesem Beispiel, meine Damen und Herren, wie wenig getan wäre, wenn unsere Fürsorge sich auf die Dauer mit der Behandlung besonders akuter Fälle von Altersnot begnügte. Erstens werden wir uns aktiv einschalten müssen in die Betreuungsaufgaben, aber ich meine, mehr noch: Die öffentliche Fürsorge soll sich viel mehr planend, anregend und koordinierend einschalten, damit nicht die Gesellschaft in einzelnen Gruppen herumirre. Ich besinne mich noch, mit welchem Erfolg sich einst die Kräfte in Gesellschaft und Staat vereinten, um die 10 000 Flüchtlinge in unser Land einzugliedern. Den hunderttausenden Betagten in unserem Land sind wir eine größere Anstrengung schuldig. Und ich weiß wie das so geht mit einer Fürsorgebehörde: Sie schaltet sich ein, wo es grad am schlimmsten ist. Das waren in den letzten Jahren die Probleme der Altersunterkünfte. In diese Aufgabe haben wir uns verbissen und fanden keine Zeit zur Linderung mindestens so dringender, wenn auch viel unauffälligerer Not.

Das, meine Damen und Herren, war der erste, große Zug im Cortège der Hilfebedürftigen. Ihm folgt eine ganz anders geartete Abteilung: Die Scharen aus den Reihen der jungen Generation, die für das Leben in dieser Welt schlecht gewappnet sind und die dem Alter der jugendamtlichen Aufsicht entwachsen sind. Es erschreckt mich, mit anzusehen, wie stark sich die Zahl der Jungen, die verzweifelt an meine private Haustür klopfen, vermehrt. Ich denke an die Milieugeschädigten, an die Bindungslosen, an die an einen Elternteil gebundenen, an die Willensgeschwächten, die Infantilen, an die durch die Welthast Neurotisierten, an die Verwöhnten, die Leidensgewohnten, an die Fundamentlosen, an die vergeblich Suchenden, an die Angstbeladenen, die Verdränger, die Suicidgefährdeten, an die, welche nur das Nichts vor Augen haben, an die, für welche das Leben ohne Sinn ist, an die jungen Eheleute, die den Belastungen einer jungen Ehe nicht gewachsen sind; an die, welche durchaus noch nicht reif sind für den Psychiater und die den Seelsorger meiden. – Wer nimmt sich ihrer an?

Oder ich denke an die Tausende, die ein Kind gezeugt haben oder erwarten und es forthaben wollen. Sie sind mit sich und ihrer Not allein und suchen einen Ausweg, der oft eine Sackgasse ist. Sie, an denen ich hier nur vorbeirennen kann, haben meist keine Unterstützung, aber sehr viel andere Hilfe nötig. Hilfeangebote sind da, vom Pfarrer bis zur helfenden Hand – aber es sind ihrer zu wenige.

Und nun kommt ein moderner Zug: Menschen, denen nichts anderes fehlt als eine Wohnung. Entweder haben sie keine oder eine zu große oder zu kleine oder zu teure oder zu schattige oder zu feuchte. Für sie haben wir eine Obdachlosenfürsorge. Aber nicht alle passen dort hinein. Wer steht ihnen bei?

Und nun die, die nicht zu uns kommen können, weil sie hinter verschlossenen oder bloß halboffenen Türen sind. In Heimen oder Anstalten verschiedenster Art. Sie bekommen zu Weihnachten ein Päcklein, zu Pfingsten einen Besuch: der Hausvater oder Verwalter oder Direktor teilt seine Zuneigung zu ihnen mit zweihundert anderen: Nur selten hört sie einer an, der helfen könnte, aber Tag für Tag sind sie getrieben von Anliegen, Sorgen, Wut oder Hoffnungslosigkeit. Irgendeine Behörde war dabei, als sie sich zum Übertritt in die Anstalt entschlossen, aber seither sind sie der Behörde aus den Augen und aus dem Sinn gekommen. Ich weiß, es werden anstaltsinterne Fürsorger eingesetzt, doch es fehlt der Besuch von außen, aus der anderen, nicht zur Anstalt gehörenden Welt. Das ganze schweizerische Anstaltswesen erscheint mir wie ein Weinberg, in dem es zu wenige Arbeiter gibt.

Das, meine Damen und Herren, sind nur ein paar Züglein im großen Zug, und

Sie könnten mich fragen: Was ist das Neues? Diese Menschen gab es immer und wird es immer geben. Ich habe aber auch nie behauptet, es gehe um ein qualitativ Neues, sondern nur, was die Quantität moderner Hilflosigkeit betreffe, ständen wir vor einem neuen Phänomen. Sie könnten weiter sagen: Denen, die du da nennst, zu helfen, war von jeher eine genuine Aufgabe der Gesellschaft selber, aber durchaus nicht des Staates. Und die Gesellschaft habe keinesfalls versagt. Sie könnten darauf hinweisen, daß sich die privaten Institutionen vermehren oder den neuen Gegebenheiten anpassen. Sie hätten zum Beispiel an Ihren Händen nicht Finger genug, um mir die Stellen zu nennen, die sich mit dem Altersproblem abgeben. Und endlich dürften Sie mir entgegenhalten, es wäre verhängnisvoll, die Bedeutung und Funktion des natürlichsten Verbandes, der Familie, herabzumindern. – Doch ferne sei es von uns, solches zu tun. Keineswegs geht es mir darum, Verantwortungen, die die Einzelnen in Familie und Verwandtschaft trugen, auf den Staat herüberzunehmen. Ich gehöre nicht einmal zu denen, die das Klagelied vom Zerfall der Familie singen, sondern im Gegenteil, ich bin erstaunt und beglückt, daß diese Familie im großen und ganzen, trotz der Veränderungen, welche die moderne Welt ihr aufzwingt, immer noch funktioniert. Und ich meine weiter, es sei ebenso beglückend, daß die Gesellschaft als Ganzes ebenfalls noch funktioniert, denn Tausende und Tausende erklären sich noch heute bereit, im Rahmen irgendeiner gemeinnützigen Vereinigung eine direkte und persönliche Verantwortung für hilflose Mitmenschen auf sich zu nehmen. Und sehr vieles wird die freie Gesellschaft immer viel besser können, als der Staat.

Doch genau an dieser Stelle ist auf etwas hinzuweisen, was nicht mehr gleich ist wie vor vierzig Jahren. Einst gab es im sozialen Handeln eine ganz klare Trennung zwischen Gesellschaft und Staat: «Du tust das, ich das.» Heute ist diese Trennungslinie wesentlich verschwommener: In sozialem Bereich haben sich Staat und Gesellschaft viel stärker amalgamiert, als man meint: Gibt es doch kaum noch eine private Sozialinstitution ohne staatliche finanzielle Beteiligung. Ich habe in den letzten Jahren das Dahinschwinden der finanziellen Selbständigkeit privater Werke aus der Nähe miterlebt. Wie ist es doch zum Beispiel mit all den Heimen gegangen: Die Selbstkosten stiegen ins Ungemessene und ließen sich nicht ganz auf die Insassen abwälzen. Der Staat mußte zu Hilfe gerufen werden, ob man es wollte oder nicht. Es gab in Bern eine Haushilfe für Betagte und Gebrechliche. Als ich vor zehn Jahren zur Sozialarbeit kam, war man dort eben im Begriff, die Gemeinde in die Finanzierung einzubeziehen. Dreißigtausend Franken brauchte man damals im ersten Jahr. Heute wird's eine halbe Million. Oder: Ich bin Präsident eines Stiftungsspitals. Vor zehn Jahren reichte der Vermögensertrag zur Deckung des Jahresdefizits noch aus. Wenn man heute den Beitrag sieht, den die Stadt zuschießen muß, so greift man sich an den Kopf und fragt sich: Ist's möglich, eine solche Änderung in zehn kurzen Jahren? Staat und Gesellschaft also sind in ihrem sozialen Handeln amalgamiert. Man kommt nicht ohne einander aus. Wenn ich zum Beispiel der Haushilfe des gemeinnützigen Frauenvereins zurufen wollte: So viel, wie ihr von der Gemeinde verlangt, gibt's nimmer, so kenne ich die Antwort schon: Wenn es euch, der Gemeinde, zu teuer ist, dann übernehmt doch die Aufgabe selber! Es ist zwischen Staat und Gesellschaft ein Aufeinander-Angewiesensein entstanden, das nicht nur sein Bedenkliches, sondern auch etwas Verheißungsvolles hat. Nicht daß ich meine, wer zahle, solle befehlen. Wer aber zahlt, der ist in der Sache bereits mit der Gesellschaft zusammen engagiert. Und darum kann die öffentliche Fürsorge nicht umhin, sich direkt um das zu kümmern, was die Gesellschaft intensiv beschäftigen muß.

Und nun zweitens: Viele Hilfsmaßnahmen, die geleistet werden müssen, überfordern heutzutage das Können, Wissen und Vermögen der Mitbeteiligten in der Gesellschaft. Wer früher einen Normalverstand besaß und ein gütiges Herz hatte, war den Nöten seiner Mitmenschen gewachsen. Leider ist das heute nicht mehr so. Ich beklage das. Aber es ist nicht zu ändern. Selbst und besonders die Bewältigung seelischer Probleme und Prozesse erfordern heute einiges Fachwissen. Nachbar, Onkel, Sohn und manchmal sogar privates Hilfswerk sind heute hurtig überfordert. Selbst dort, wo administrative Hürden zu nehmen sind. Wer kennt sich schon im Dickicht der Ergänzungsleistungen zur AHV oder der Invalidenversicherung aus? Der Einzelne braucht Hilfe, und oft ist es nur der geschulte Sozialarbeiter, der sie geben kann.

So kommt denn eine neue Aufgabe auf uns zu. Ob wir es wollen oder nicht: Sie kommt. Im Rahmen der Gesellschaft wird dem Staat zweierlei obliegen: Sich selber, wo es von ihm gefordert ist, auf die sogenannte Betreuungsfürsorge einzurichten und auszurichten. Und zweitens: Planend und koordinierend mit den Werken, die die Gesellschaft geschaffen hat, zusammenzuarbeiten. Die Aufgaben vermehren sich rapid, aber es fehlt an vielen Orten die ordnende und lenkende Hand. Der Staat ist für diese Aufgabe geeignet. Er muß sie erkennen und bereit sein, sie auf sich zu nehmen.

Meine Damen und Herren: Rüsten und beeilen wir uns. Die Zeit ist kurz, und es bleibt viel zu tun.

Wandlungen im Kampf gegen die Armut in den USA

Von Senatspräsident a. D. Dr. Robert Adam, z. Zt. Washington D. C.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika stehen einmal mehr im Blickfeld der Welt: Vietnamkrieg, Rassenunruhen, Gewalttaten aller Art, Ermordung von Dr. M. L. King und Senator Robert Kennedy, Marsch der Armen usf. Die scheinbar nie abreißende Ereigniskette ist geeignet, das Bild dieses großen Landes, dem die freie Welt unendlich viel Gutes zu verdanken hat, in uns zu trüben oder gar zu verfälschen. Um so dankbarer sind wir für den nachstehenden sachlichen Originalbeitrag aus berufener Feder, der uns vor kurzem erreichte. *Redaktion*

Kurze Zeit nach Übernahme der Regierung (22. November 1963) kündigte Präsident Johnson den Kampf gegen die Armut in den USA als eine der wichtigsten Aufgaben an, in dem es nur totalen Sieg geben dürfe. Familien mit zwei Kindern bezeichnete er als «von Armut befallene» (poverty stricken), wenn das Jahreseinkommen unter 3000 Dollar war; die Grenze wurde angesichts der steigenden Inflation, die in den letzten zwei Jahren jeweils etwas über drei vom Hundert betrug, auf 3335 Dollar erhöht. Für alleinstehende ist die Grenze 1500 Dollar. Auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß man wegen der geringeren Kaufkraft des Dollars in den USA im Vergleich mit der Kaufkraft der Währungen in den westeuropäischen Industrieländern etwa ein Drittel von den genannten Beträgen abziehen muß, würde sich bei Anlegung dieses Maßstabes ergeben, daß ein großer Teil der Bevölkerung selbst in England oder der Bundesrepublik Deutschland in